

Stand: 19.05.2024 08:42:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/16894

"Einkommensschwache Haushalte unterstützen - Wohngeld erhöhen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/16894 vom 21.05.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17807 des KI vom 11.07.2013
3. Beschluss des Plenums 16/18006 vom 16.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 16.07.2013

Antrag

des Abgeordneten **Eberhard Rotter CSU**,

Thomas Hacker, Renate Will, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Julika Sandt und Fraktion (FDP)

Einkommensschwache Haushalte unterstützen – Wohngeld erhöhen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine angemessene Erhöhung des Wohngelds einzusetzen. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass das Wohngeld an die allgemeine Mieten- und Einkommensentwicklung angepasst wird und die Höchstbeträge für Miete und Belastung in § 12 Wohngeldgesetz aktualisiert werden. Zudem soll wieder eine Heizkostenkomponente in das Wohngeldrecht aufgenommen werden.

Begründung:

Die Wohn- und Energiekosten sind in den vergangenen Jahren z.T. dramatisch gestiegen. Besonders einkommensschwache Haushalte und Rentner haben unter dieser Entwicklung besonders zu leiden. Das staatliche Wohngeld stellt hier eine wichtige Unterstützungsleistung dar.

Das Wohngeld wurde allerdings seit 2009 nicht mehr an die Entwicklung der Wohnkosten angepasst. Vor allem in den Ballungsräumen sind seitdem die Bruttokaltmieten erheblich angestiegen. In Deutschland geben Mieter durchschnittlich 37 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für das Wohnen aus; bei Geringverdienern, die weniger als 1.000 Euro monatlich zur Verfügung haben, sind es 43 Prozent. Zusätzliche Belastungen bringen auch die stetig steigenden Nebenkosten. Seit 2010 haben sich die Energiekosten einschließlich der Stromkosten um mindestens 15 Prozent erhöht.

Aufgrund dieser Entwicklung ist es dringend geboten, das Wohngeld unter Anpassung der Einkommensgrenzen angemessen zu erhöhen und die Höchstbeträge für Miete und Belastung an die aktuellen Verhältnisse anzupassen. Zudem gilt es im Wohngeldrecht wieder eine Energiekostenkomponente zu verankern, um einkommensschwache Haushalte zu entlasten.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

**Antrag des Abgeordneten Eberhard Rotter CSU,
Thomas Hacker, Renate Will, Dietrich Freiherr von Gumpenberg u.a.
und Fraktion (FDP)**
Drs. 16/16894

Einkommensschwache Haushalte unterstützen - Wohngeld erhöhen!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Andreas Lorenz**
Mitberichterstatter: **Reinhold Perlak**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 19. Juni 2013 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 11. Juli 2013 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Joachim Hanisch
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag des Abgeordneten **Eberhard Rotter CSU**,

Thomas Hacker, Renate Will, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Julika Sandt und Fraktion (FDP)

Drs. 16/16894, 16/17807

Einkommensschwache Haushalte unterstützen – Wohngeld erhöhen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine angemessene Erhöhung des Wohngelds einzusetzen. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass das Wohngeld an die allgemeine Mieten- und Einkommensentwicklung angepasst wird und die Höchstbeträge für Miete und Belastung in § 12 Wohngeldgesetz aktualisiert werden. Zudem soll wieder eine Heizkostenkomponente in das Wohngeldrecht aufgenommen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 161, 162 und 218, die einzeln beraten werden sollen. Die Listennummer 161 soll zusammen mit Tagesordnungspunkt 29, die Listennummer 162 zusammen mit den Tagesordnungspunkten 12 bis 16 einzeln beraten werden. Über die Listennummern 220, 229 und 240 muss einzeln abgestimmt werden. Die Einzelabstimmung über die Listennummer 240 soll in namentlicher Form erfolgen.

Zunächst lasse ich über die Listennummer 220 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Einrichtung des Studiengangs ‚Bachelor of Laws‘ am Standort Hof der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVR)", Drucksache 16/17552. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17734 die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Zwei. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Listennummer 229. Das ist der Antrag der Abgeordneten Heckner, Jörg, König und anderer (CSU) betreffend "Bachelor of Laws am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (BayFHVR) in Hof", Drucksache 16/17686. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17735 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREI-

EN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Nun lasse ich über die Listennummer 240 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Muthmann und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren", Drucksache 16/16540. Darüber lasse ich in namentlicher Form abstimmen.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe, damit ich Ihnen vortragen kann, worüber Sie abstimmen sollen. Während der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vorschlägt, den Antrag abzulehnen, empfiehlt der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung in einer Neufassung. Ich verweise insofern auf die Drucksache 16/17639. Der namentlichen Abstimmung ist nach § 126 Absatz 3 der Geschäftsordnung das abweichende Votum des Haushaltsausschusses zugrunde zu legen. Die Urnen sind bereitgestellt, mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen Ihnen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.30 bis 14.35 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen, der Abstimmungsvorgang ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen dann bekannt gegeben.

(Allgemeine Unruhe)

Wir werden heute Abend noch genügend Gelegenheit zum Austausch haben. Bitte setzen Sie sich. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Listennummern verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1 - Allgemeine Unruhe)

Ich bitte wieder um Aufmerksamkeit, Sie müssen wieder die Hände heben. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Frau Pauli (fraktionslos) ist wohl nicht da. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren und zu Tagesordnungspunkt 4 kommen, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 16/16540 bekannt. Es ist der Antrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren". Wenn Sie sich erinnern, ist das die Listennummer 240 der Anlage zur Tagesordnung. Mit Ja haben 72 Mitglieder des Hohen Hauses gestimmt, mit Nein 87. Es gab 4 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

